

Gegenüberstellung IPAGs – Stellungnahme des LVPEBW vs. Gegendarstellung von H. Metzger, Frau Schiffler sowie dem Abschlussbericht

#	LVPEBW-Kernaussage (Stellungnahme)	Gegenvorwurf / Entgegnung (Metzger, Schiffler & Team und Abschlussbericht)	Ergebnis
1	Kein Wissenstransfer /– bei Amtsübernahme keine Unterlagen erhalten, Projektgröße & Haftungsumfang unklar	Budget & Konzept waren „jederzeit bekannt“; 2020-Vorprojekt & regelmäßige Info-mails, Einladungen zu Sitzungen / Workshops, nennt aber nichts Konkretes.	Info der laufenden Arbeit belegt – allerdings nicht immer, formelle Übergabe fehlt, keine Infotermine bei Vorstandswechsel, Unterlagen wurden nicht weitergegeben,
2	Projektteam agierte eigenständig, Vorstand wurde nur als „Abwickler“ gesehen, Entscheidungen liefen vorbei	Vorstand habe das Team bewusst „nicht gestört“, um Arbeitsfluss zu sichern; Geschäfts-ordnung regelt Zusammenarbeit	bearbeitet – Autonomie bestätigt, aber als gewollt dargestellt
3	Hoher Verwaltungs- & Prüfaufwand lag allein beim Vorstand (Buchhaltung, Versicherungen, Urlaub)	Aufwand „nicht unverhältnismäßig“; Teile durch Ehrenamt / Mini-job abgedeckt	strittig – Aussage steht gegen Aussage
4	Website-Kosten ~ 5 000 € für eine einfache Präsenz („Wix-Visitenkarte“) über-zogen	Rechnung ursprünglich 5 000 € – nach Rabatt & Drittmittel real nur 1 580 €; 1 002 Seitenaufrufe in 3 Monaten	Preis wurde bestätigt, teilweise – Preis wurde nach dann Intervention reduziert, aber selbst 1 580 € für Basis-Site bleibt teuer
5	Fragwürdige Personalbesetzung – Bewerberinnen wurden später selbst angestellt	„Eigenbesetzungs-Vorwurf entbehrt jeder Grundlage“; keine Details geliefert	nicht bearbeitet – reine Behauptung ohne Gegenbelege
6	Nebennjobannahme bei Offener Herberge	Kein Eingehen in den Gegendarstellungen	Nicht darauf eingegangen
7	Projektgruppe nahm ohne Absprache Kontakt mit dem Sozialministerium zur Verstetigung auf und stellte den Vorstand vor vollendete	Kein Eingehen oder Entkräften in den Gegendarstellungen – Grund unbekannt.	Nicht darauf eingegangen

	Tatsachen		
8	Finanzielle Belastung & Rückforderungsrisiko - > 85 % Mittel = Projekt-leitung; Eigen-mittel nötig	Rücklagen & Spenden decken Kosten; End-abrechnung werde zeigen, dass keine Mittel zurückzuzahlen sind	strittig – Risiko nicht widerlegt, nur Hoffnung formuliert
9	Geringe Außenwirkung / 412 € Kosten pro Teilnehmer an Seminaren – kaum Medien-echo, Reichweite unklar	630 – 680 Personen, Vorträge auf Fach-tagungen, 1 002 Site-Aufrufe	Zahlen geliefert, hohe Kosten, Kosten-Pro-Kopf bleibt Kritikpunkt,
10	Projekt belastet Tagesgeschäft – Vorstand musste Kernaufgaben zurückstellen	Projekt habe Vorstand mehrfach Koop- Angebote gemacht; geringe Nutzung sei Verschulden des Vorstands	Ursache wird umgedeutet, Belastungsfaktor nicht bestritten
11	Haftungsrisiko bei möglicher Rückforderung (10 %) könnte Verband existenziell gefährden	Risiko werde „derzeit nicht gesehen“, weil End-abrechnung noch offen ist	nicht entkräftet – Möglichkeit bleibt
12		Sonstiges – persönl. Motive des Autors,	Bewertung persönlicher Motive irrelevant für Faktenlage; Stellungnahme fokussiert auf haftungs- und wirtschaftliche Risiken
13		Projektseite stellt fachliche Kompetenz des Vorstands auf der Mitgliederversammlung im November und des Mitarbeiters auf der Mitgliederversammlung im April in Frage	Vorsitzende ist Diplom- Volkswirtin , arbeitet im Wirtschaftsministerium (Buchhaltung) und beim Bruderhaus Diakonie für Fördergeld- beantragungen; Mitarbeiter ist Bankbetriebswirt , stellt selbst Förderanträge für LVPEBW und andere Selbsthilfeorganisationen. Fachliche Eignung somit belegt.
14		Projektseite bemängelt Behinderung durch den LVPEBW	Artikel von IPAGs wurden regelmäßig auf der HP veröffentlicht, gibt man

			IPAGS in Google ein, erscheint der LVPEBW noch vor dem eigentlichen IPAGs Projekt und hat auch mehrere Artikel in der Top 20 der Suchergebnisse. Frau Schiffler hatte Schreibzugriff beim LVPEBW um eigene Artikel zu erfassen.
--	--	--	---

Legende: **grün** = Vorwurf wird sachlich beantwortet, aber nicht widerlegt • **gelb** = beantwortet, aber Fragezeichen bleiben • **rot** = Gegenseite geht gar nicht oder nur pauschal darauf ein, **weiß** = Gegenvorwürfe

Fazit:

1. **Pflicht zur Risikoaufklärung** – Der Vorstand muss auf Haftungs- und Finanzrisiken hinweisen; das tut die Stellungnahme.
2. **Faktenbasis statt Behauptungen** –; zentrale Kritikpunkte (Personalbesetzung, Rückforderungsrisiko, nicht gemeldeter Jobwechsel) bleiben unadressiert oder unbelegt.
3. **Kosten-Nutzen-Verhältnis** –Über 66 000 € flossen in Personal, aber nur gut 4 000 € direkt in Aktivitäten; gegenüber 280 000 € Gesamtvolumen ist die messbare Wirkung gering.

Damit ist die kritische Haltung des Vorstands sachlich nachvollziehbar und die ursprüngliche Stellungnahme weiterhin gerechtfertigt.

Argumentationskatalog IPAGs (Stand Mitte April 2025)

Für die Kommunikation nach Außen

Wünsche und Position des Vorstands zum Projekt IPAGs

- **Rückforderungen vermeiden:** Die Abrechnung gegenüber Aktion Mensch soll so erfolgen, dass keine Fördermittel zurückgezahlt werden müssen – eine Rückzahlung könnte die Existenz des Verbands gefährden.
- **Sachlichkeit intern, Professionalität extern:** Der Vorstand wünscht ein sachliches, internes Klima ohne persönliche Angriffe. Nach außen soll das Projekt bestmöglich dargestellt werden.
- **Keine Fortführung in gleicher Form:** Eine Weiterführung des Projekts unter alleiniger Federführung des LVPEBW ist in der bisherigen Struktur nicht vorstellbar.
- **Zukünftiger Fokus auf Wirkung:** Bei einer möglichen Neuauflage muss gewährleistet sein, dass Ressourcen gezielt und überprüfbar in Empowerment, Beteiligung und regionale Strukturen fließen.

1. Warum ist die Zusammenarbeit mit der IPAGs-Projektgruppe schwierig?

- Der Vorstand hatte von Anfang an das Gefühl, nicht ernst genommen, sondern lediglich als formaler Abwickler gebraucht zu werden.
- Es gab keine transparente Kommunikation, keine Einbindung in Entscheidungen und oft nicht einmal grundlegende Informationen.

- Wichtige Unterlagen, z. B. für Zwischenberichte oder Projektbeurteilungen, wurden zu spät oder gar nicht weitergeleitet.
 - Die Projektgruppe hat eigenmächtig und ohne Vorabstimmung mit dem Vorstand Kontakt zum Ministerium aufgenommen, das auf Vorstand Druck ausgeübt hat, das Projekt fortzuführen
 - Selbst ein möglicher Interessenkonflikt – etwa durch die nicht kommunizierte Arbeitsplatzverlagerung der Mitarbeiterin direkt ins Projektumfeld – wurde nicht offengelegt.
 - Bis heute weiß der Vorstand nicht einmal sicher, ob ein gültiger Minijob-Vertrag mit Frau Schiffler existiert.
 - Mitglieder wurden angeregt, wenige Stunden vor eine Mitgliederversammlung eine Eingaben zu machen, das Projekt fortzuführen und nach Möglichkeit einen Beschluss der Mitglieder zu erzwingen
-

2. Wie wird die Zusammenarbeit mit der IPAGs Projektgruppe gesehen

- Die Gruppe agierte weitgehend autonom. Neuem Vorstand fehlte Fachkenntnis, da Projekt schon lief und keine Übergabe durch den Altvorstand erfolgte
-

3. Welche konkreten Risiken sieht der Vorstand bei einer Fortführung der IPAGs?

- **Finanzielles Risiko:** Selbst eine Rückforderung von nur 10 % der Fördersumme durch die Aktion Mensch könnte das Ende des Verbandes bedeuten – weil das Eigenkapital bereits stark angegriffen ist.
 - **Strukturelles Risiko:** Das Projekt beherrscht das Tagesgeschäft, andere wichtige Aufgaben bleiben auf der Strecke.
 - **Verantwortungslücke:** Während der Verein die rechtliche Verantwortung trägt, hat die Projektgruppe kein vergleichbares Risiko – das ist ein Ungleichgewicht.
-

4. War das Projekt IPAGs transparent

- Nach Einschätzung des aktuellen Vorstands: nein. Es gab keine ausreichende Aufklärung oder transparente Beschlussfassung in der Mitgliederversammlung für ein so großes Vorhaben.
 - Unsere Mitglieder wissen zum großen Teil immer noch nicht Bescheid, was IPAGs ist.
 - Unterlagen wurden erst nach mehrmaliger Anfragen ausgehändigt.
 - Nach unserem Wissen gab es auch keine Abstimmung bei den Mitgliedern ob IPAGs durchgeführt werden soll, da dem Vorstand keine Protokolle vorliegen.
-

5. Ist der aktuelle Vorstand grundsätzlich gegen das Projekt IPAGs?

- Nein. Der Vorstand hat wiederholt geprüft, ob und wie das Projekt fortgeführt werden könnte – z. B. mit einem Minijob für Frau Schock .
 - Es geht nicht um persönliche Befindlichkeiten, sondern um klare, nachvollziehbare Strukturen und Verantwortlichkeiten.
-

6. Gibt es konkrete Vorwürfe gegenüber der Mitarbeiterin?

- Nein. In der offiziellen Stellungnahme wurde ausdrücklich keine erhoben
 - Dass sie sich eher an die ihr näher stehende Projektgruppe wendet, ist nachvollziehbar.
 - Die fehlende Information über ihren Arbeitsplatzwechsel ist kein persönlicher Vorwurf an sie, sondern ein strukturelles Problem.
-

7. Warum wurde in der Mitgliederversammlung die Stellungnahme verlesen?

- Weil die Mitgliederversammlung im November genau das gefordert hat: eine offizielle Einschätzung zur Fortsetzung von IPAGs.

- Die Mitarbeiterin durfte zuvor ihre Sicht darstellen – der Vorstand hatte dabei keinerlei Kontrolle über Inhalt oder Umfang ihrer Präsentation.
 - Ein Mitgliederversammlung ist intern und für Mitglieder vorgesehen.
-

8. Wie hat sich der Vorstand gegenüber dem Projekt IPAGs verhalten?

- Kooperativ, obwohl er in vielen Punkten übergangen wurde.
 - Der Vorstand hat die Projektgruppe bewusst nicht eingeschränkt, trotz großer Unsicherheit, ob IPAGs ein Erfolg wird
 - Außenkommunikation erfolgte immer sachlich und wohlwollend, um dem Projekt nicht zu schaden – trotz interner Kritik.
 - Es wurden keine Abmahnungen ausgesprochen, obwohl eine doppelte Beschäftigung nicht gemeldet wurde.
-

9. Warum ist es wichtig, das Projekt nun kritisch zu prüfen und ggf. abzuschließen?

- Der Verein trägt das volle Risiko.
 - Die Projektgruppe ist/war weitgehend unabhängig und schwer steuerbar.
 - Eine saubere Abwicklung schützt den Verband vor finanziellen und rechtlichen Folgen.
 - Der Vorstand hat bereits ein Mitglied krankheitsbedingt verloren – weiterer Druck ist kaum tragbar.
-

10. Warum sollte die Projektgruppe ebenfalls an einer gütlichen Lösung interessiert sein?

- Tritt ein weiterer Vorstand zurück (ANM: War bevor die Vorstandwahl angekündigt wurde) oder wird krank oder es müssen nur 10% der Fördermittel zurückgezahlt werden droht die Auflösung des Vereins.

- Bei einer Auflösung des Vereins durch Rückforderungen oder Rücktritte müsste ein Liquidator bestellt werden – mit weitreichenden Konsequenzen für alle Beteiligten.
 - Dieser würde nicht nur alle Vorgänge durchleuchten, sondern auch mögliche Versäumnisse und Verantwortlichkeiten, auch der alten Vorstände und Projektgruppemitglieder juristisch prüfen.
-

11. Wie kam es zur schwierigen Lage derzeit im Vorstand?

- Der Vorstand wurde in einer Übergangszeit gewählt, in der viele alte Vorstände ihr Amt niederlegten. Ein gewähltes Vorstandmitglied verweigerte die Zusammenarbeit direkt und nahm die Wahl nicht an.
 - Es gab keine offizielle Übergabe, keine Einarbeitung, keine Unterstützung.
 - Die neuen Vorstände mussten sich sofort in wichtige Aufgaben einarbeiten – z. B. eine Regio-Veranstaltung einen Tag direkt nach der Wahl.
 - Trotzdem wurden neue Projekte erfolgreich gestartet und der Austausch intern verbessert.
-

12. Warum ist der Vorwurf der Inkompetenz des neuen Vorstand unangebracht?

- Trotz des schweren Starts hat der Vorstand seine Aufgaben verantwortungsvoll erfüllt.
- Reibungen kamen vor allem von außen, z. B. durch fehlende Übergabe oder mangelnde Unterstützung des alten Vorstands.
- Die Projektbeteiligten sahen den Vorstand oft nicht auf Augenhöhe.

13. Es gibt Stimmen, die IPAGs als erfolgreich ansehen, warum sieht der Vorstand die Ergebnisse von IPAGs so kritisch

Anhaltspunkt Bilanz

Gesamte Mittel

Das Projekt verfügte 2024 über **120.269,70 €** an liquiden Mitteln. Davon wurden **78.019,74 €** ausgegeben.
→ **Rund 65 % der Mittel** wurden also verwendet, der Rest (**42.249,96 €**) blieb zum Jahresende übrig.

Wofür wurde das Geld ausgegeben?

1. Personalkosten Projektleitung (Brutto: 66.544,51 €)

- Das sind über **85 % der gesamten Ausgaben**.
- Inklusive Sozialversicherung, Lohnsteuer und Netto-Gehalt.
- **Deutet stark auf eine Einzel- oder enge Selbstverwaltung hin.**

2. Verwaltungs- und Betriebskosten (ca. 7.170 €)

- Verwaltung, Steuerberater: 5.686,09 €
- Büro: 362,95 €
- Telefon, Internet, Porto: 560,88 € → Auch hier: reine Infrastruktur zur *Abwicklung* des Projekts, keine inhaltliche Wirkung.

3. Inhaltliche bzw. partizipative Maßnahmen (sehr geringe Posten):

- **Reisekosten Projektteam + Beirat:** 510,29 € + 395,98 €
- **Workshop Fahrtkosten + Catering:** 1.090,32 € + 49,12 €
- **Honorar Fortbildung:** 2.250,00 €

Das heißt: Für die *eigentlichen Aktivitäten mit Teilnehmenden oder Zielgruppen* wurden insgesamt **nur rund 4.300 €** ausgegeben.

Schlussfolgerung

Der Eindruck ist **berechtigt und gut durch Zahlen belegbar**:

- Der **Löwenanteil der Mittel** floss in die "Projektleitung" selbst.
- Nur ein **kleiner Teil** wurde für **externe Aktivitäten, Beteiligung, Veranstaltungen oder direkte Zielgruppenarbeit** verwendet.
-

Anhaltspunkt 2 Präsentation zum Ende des Projekte

Wichtige Info:

Dies Präsentation von Frau Schiffler wurde dem Vorstand weder vor der Präsentation übermittelt noch erhielten wir diese nachher.

- Es fehlen **konkrete Nachweise über Output oder Wirkung**. Es wurde präsentiert, was gemacht wurde, nicht was erreicht wurde.
- Es ist **nicht ersichtlich**, wie Betroffene tatsächlich profitiert oder mitgewirkt haben, außer in Einzelfällen
- Als einige Zahl wurde genannt, dass 680 Personen die Veranstaltungen von IPAGs besucht haben. Es wurde nicht erwähnt, welche Personen das sind, ob sie der Zielgruppe entspringen. Aufgrund der Kenntnis einiger Teilnehmer ist damit zu rechnen, dass die selben Personen mehrerer Veranstaltungen besucht haben. Schwerpunktmäßig wurden Veranstaltungen dort abgehalten, wo der LVPEBW selbst schon stark verbunden ist (Ulm--> Klingler, Offenen Herberge --> Metzger, Lörrach)
- **Gesamtkosten des Projekts: 280.000 €**

- **Veranstaltungsbesucher*innen: 680 Menschen**

280.000 € Projektvolumen sind **ein sehr hoher Mitteleinsatz** – dafür sind **680 Besuchende** ein vergleichsweise **geringer Output**. Das entspricht etwa **412 € pro Person, nur bei Teilnahme**, nicht bei tatsächlicher Aktivierung oder Einbindung.

Anhaltspunkt 3: Öffentlichkeitswirkung durch Berichterstattung

Das Projekt **IPAGs** (Interessenvertretung Psychiatrie-Erfahrener und Angehöriger stärken) wurde von den Landesverbänden der Psychiatrie-Erfahrenen und der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen in Baden-Württemberg initiiert. Ziel ist die Stärkung der Partizipation in den Gemeindepsychiatrischen Verbänden (GPV). [LVB WAPK+3lvpebw.org+3LVB WAPK+3lvpebw.org+2LVB WAPK+2gemeindepsychiatrie-bw.de+2](https://www.lvb-wapk.de)

Die Hauptinformationen und Ankündigungen zum Projekt stammen von den beteiligten Verbänden selbst:

- **Landesverband Baden-Württemberg der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen e.V. (LV BW ApK)**: Auf ihrer Webseite finden sich Informationen zum Projekt, einschließlich Zielen, Projektteam und Veranstaltungen. [LVB WAPK](https://www.lvb-wapk.de)
- **Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Baden-Württemberg e.V. (LVPEBW)**: Auch hier wird das Projekt vorgestellt, mit Fokus auf die Ausgangssituation, Projektziele und geplante Maßnahmen. [lvpebw.org](https://www.lvpebw.org)

Darüber hinaus gibt es Hinweise auf spezifische Veranstaltungen, wie ein Austausch- und Vernetzungstreffen am 22. Juni 2024 in Freiburg, das auf der Webseite des LV BW ApK angekündigt wurde. [LVB WAPK+1LVB WAPK+1](https://www.lvb-wapk.de)

Ein weiteres Dokument, das die Projektphasen und Ziele visualisiert, ist ein Poster, das auf der Webseite der Gemeindepsychiatrie Baden-Württemberg verfügbar ist. [gemeindepsychiatrie-bw.de](https://www.gemeindepsychiatrie-bw.de)

Allerdings sind **Berichte durch Städte, unabhängige Presseartikel oder externe Internetquellen** zum Projekt **nicht auffindbar**.

Es scheint, dass die öffentliche Kommunikation hauptsächlich über die Kanäle der beteiligten Verbände lief und von keinerlei anderen Organisationen und Einrichtungen oder Behörden aufgenommen wurden.

Zugriffszahlen für die Internetseite wurden dem Vorstand trotz mehrfacher Anfrage nicht mitgeteilt. (Anmerkung: erst jetzt im Abschlussbericht.

Fazit: Es wurde keinerlei nachhaltige Öffentlichkeitwirkung über bestimmte Personen erreicht.

Neben den persönlichen Einschätzungen sind diese drei belegbaren Bereiche der Grund für die Meinung des LVPEBW-Vorstandes, dass das Projekt kein Erfolg war.